



Nueva Nicaragua

Informe

14. Jahrgang

Juni 2017

Nr. 146

Nicaragua lehnt Einmischung der OAS in Venezuela ab

Quelle: El 19 Digital

Der Botschafter Nicaraguas Luis Ezequiel Alvarado verurteilte die Beratung der Außenminister der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) über die Lage in Venezuela, die am 31. Mai 2017 in Washington stattfand. Die Veranstaltung stelle eine massive Einmischung in die inneren Angelegenheiten Venezuelas dar.



„Die OAS darf nicht länger von einem Land genutzt werden, um politische Lynchjustiz gegen die Regierung Venezuelas zu üben. Es ist bedauerndswert, dass sich eine Gruppe von Ländern in ihren Einschätzungen und Einstellungen davon leiten lassen“, meinte Alvarado, ohne jemanden zu nennen.

Die Beratung der Außenminister begann mit einer Stunde Verspätung. Venezuela nahm an der Beratung nicht teil. Das Land hatte vor Wochen seinen Austritt aus der Organisation erklärt. Zur Lage in Venezuela lagen drei Erklärungsentwürfe vor. Ein gemeinsamer Text kam nicht zustande. Für eine Annahme war eine Zweidrittelmehrheit, also 23 von 34 Stimmen erforderlich.

Nicas gegen Ortega?

Von Wolfgang Herrmann



Sehen so die Gegner Ortegas aus?

Am 9. Mai 2017 veröffentlichte die sozialistische Tageszeitung *Neues Deutschland* ein Interview mit der Vorsitzenden der Sandinistischen Erneuerungsbewegung (MRS) Ana Margarita Vijil. Überschrift: „Nicas gegen Ortega“. Autorin: Steffi Wassermann

Bereits der Titel des Beitrages „Nicas gegen Ortega“ ist eine schwache Leistung. Bei den Präsidentschaftswahlen am 6. November 2016 erhielt Daniel Ortega 72 Prozent der Stimmen. Bedeutet das etwa, dass diese Nicaraguanerinnen und Nicaraguaner gegen Ortega waren?

Mit zwei Fragen will ich mich beschäftigen: Was oder besser wen vertreten die MRS und Ana Margarita Vijil? Warum sympathisiert eine sozialistische Tageszeitung mit der MRS?

Auf dem I. Parteikongress der FSLN vom 19. bis 21. Juli 1991 in Managua, der den Namen des gerade verstorbenen Comandante Carlos Núñez Téllez trug, konstituierte sich die FSLN als Partei. Sie musste sich entscheiden, „ob sie den Weg einer revolutionären oder traditionellen Partei geht“. Die Mehrheit verständigte sich darauf, dass „die neoliberale Hegemonie eine revolutionäre Antwort verlangt“. In der FSLN entstanden zwei

Strömungen: eine der Revolutionäre und eine der Reformer. Die Reformer wollten den Weg der traditionellen Partei gehen. Sie wurden vom ehemaligen Vizepräsidenten Sergio Ramirez angeführt. Diese Gruppierung dominierte die FSLN-Fraktion in der Nationalversammlung. In der Nationalleitung der FSLN jedoch dominierten die Kräfte um Ortega, die für die revolutionäre Antwort eintraten. Die August-Bebel-Frage „Wer führt die Partei, der Vorstand oder die Fraktion?“ entschied die Nationalleitung für sich.

In der FSLN hatte also nach dem 1. Parteikongress die Nationalleitung und nicht die FSLN-Fraktion der Nationalversammlung das Sagen. Diese Kräftekonstellation musste zu Auseinandersetzungen führen. Als 1995 das Land auf Grund des Zerfalls der Nationalen Allianz von Frau Chamorro unregierbar zu werden drohte, wurde den Parteien, welche die Allianz verlassen wollten, Posten in den Machtinstanzen versprochen. Die FSLN-Fraktion machte mit und gab freiwillig Posten der FSLN in diesen Instanzen auf. Das trug der Fraktion berechnete Kritik aus den Reihen der FSLN ein.

Am 21. Mai 1995 konstituierte sich die MRS. Sie wurde von Dissidenten der FSLN gegründet. Sie hatte vier Vorsitzende: Sergio Ramirez, Schriftsteller und Vizepräsident Nicaraguas (1985-1990), die Ex-Comandante Dora María Téllez, den Abgeordneten Enrique Sáenz und zurzeit Ana Margarita Vijil. 1996 trat die noch gemeinsam mit der FSLN zu den Wahlen an. Arnoldo Aleman von der Liberalen Allianz gewann und wurde Präsident. Von Fälschungen war die Rede. In der Hauptstadt Managua „entsorgten“ Wahlhelfer Zehntausende Stimmzettel und Wahlunterlagen auf Müllhalden, weil der Wahlrat seine Arbeit einstellte, bevor die Wahlbüros die Stimmen ausgezählt hatten. Die FSLN erkannte das Wahlergebnis trotzdem an, forderte aber im Gegenzug, die von der FSLN-Fraktion geopfert Posten in den Instanzen zurück. Aleman willigte ein. Der sogenannte Pakt Aleman-Ortega war geboren. Vor den Wahlen 2001 bot sich die MRS erneut der FSLN als Bündnispartner an. Nach der erneuten Wahlniederlage gab sie der FSLN die alleinige Schuld daran und wollte fortan eigene Wege gehen. So bezeichnete Ana Margarita Vijil das Jahr 2006 als ein wichtiges Jahr für die MRS. Sie stellte mit Herty Lewites einen eigenen Präsidentschaftskandidaten für die Wahlen im November 2006 auf. Es stimmt nicht, dass Lewites aus der FSLN ausgeschlossen wurde und sich deshalb der MRS zuwandte. Umgekehrt wird ein Schuh draus: Er stellte sich der MRS zur Verfügung, um gegen Ortega anzutreten. Deshalb wurde er ausgeschlossen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Dietmar Bartsch, sollte er auf die Idee kommen, für die SPD zu kandidieren, noch Platz in der Partei Die Linke hätte.

Im Mai 2006 lud das State Department der USA die Präsidentschaftskandidaten der konservativen und liberalen Parteien sowie der MRS nach Miami ein. Dort versprach Herty Lewites, dass im Falle einer Stichwahl seine MRS für den Kandidaten Eduardo Montealegre von der Nicaraguanischen Liberal-Konservativen Allianz (ALN) stimmen wird. Kurz darauf starb Lewites. Edmundo Jarquín, der Schwiegersohn Violeta Chamorros, übernahm die MRS-Kandidatur. Bei der Wahl bekam er 6,3 Prozent der Stimmen. Ich kann mich daran erinnern, dass die PDS damals die MRS als aussichtsreiche linke Alternative zur FSLN darstellte. So sah sie dann auch aus.

Frau Vijil behauptete, dass die MRS im Unterschied zur FSLN die drei Ideale von General Sandino verkörpert: Demokratie, soziale Gerechtigkeit und nationale Souveränität. Im Frühjahr 2017 nahm sie an einer Konferenz der Fortschrittsallianz teil, die in Berlin stattfand. Dieser internationalen Organisation gehören sozialdemokratische, sozialistische und Arbeiterparteien an. An der Konferenz nahm auch Sigmar Gabriel, damals noch Vorsitzender der SPD, teil. Während ihres Aufenthaltes in Berlin traf sich Frau Vijil mit Funktionären der SPD und der Friedrich-Ebert-Stiftung; alles Leute die für ihre „Treue“ zu den drei Idealen Sandinos bekannt sind. Ich denke da an die soziale Gerechtigkeit der SPD und die Agenda 2010.

Für Frau Vijil ist Präsident Daniel Ortega kein Repräsentant der armen Bevölkerungsmehrheit. Nun wird aber Nicaragua auf dem Kontinent für seine soziale und wirtschaftliche Sicherheit geschätzt. Die zweite Alphabetisierungskampagne, die dazu führte, dass Nicaragua 2012 von der UNESCO als vom Analphabetismus befreites Land erklärt wurde, war nicht für die arme Bevölkerungsmehrheit? Die Programme „Null Hunger“, „Null Wucher“, „Milagro“, „Plan Dach“, „Produktiver Bonus“, „Wohnungen für das Volk“ und „Straßen für das Volk“ waren für die begüterte Bevölkerungsminderheit bestimmt? Mit der Förderung der ländlichen Familienwirtschaften sicherte die sandinistische Regierung die Versorgung des Landes mit Grundnahrungsgütern. Das ist keine Veränderung seit der Machtübernahme von Ortega im Vergleich zu den neoliberalen Vorgängerregierungen? Frau Vijil erwähnte nicht, dass ihre MRS gemeinsam mit den liberalen und konservativen Parteien in der Regierungszeit von 2007 bis 2011, in der die FSLN nicht die Mehrheit im Parlament hatte, alle Gesetze zu den erwähnten sozialen Programmen blockierte. Hätte der Präsident nicht zeitweilig per Dekret regiert, wie das die Bevölkerungsmehrheit wegen den Blockaden der Opposition einschließlich MRS forderte, hätte es tatsächlich keine Veränderungen im Vergleich zur neoliberalen Regierungszeit gegeben.

„Die Nähe Ortegas zu den Unternehmen passt zwar nicht zu seiner revolutionären Rhetorik, deckt sich aber mit seiner wirtschaftspolitischen Ausrich-

tung Nicaraguas“. Frau Vijil müsste wissen, dass nach 1979 die FSLN die drei Säulen Politischer Pluralismus, Gemischte Wirtschaft und Nichtpaktgebundenheit zu den Maximen ihrer Politik erklärte. Damals vertraten auch die Gründer der MRS diese Maxime. Die Allianz der sandinistischen Regierung mit den Gewerkschaften und den Privatunternehmern ist nicht nach dem Geschmack der MRS. Das kann ich verstehen, denn im Unterschied zu den neoliberalen Vorgängerregierungen hat sich etwas geändert: Die Gewerkschaften gehören zum System. Was ist schädlich daran, wenn der Internationale Währungsfonds (IWF) Nicaragua die Wirtschaftspolitik vorbildlich nannte? Der IWF fand keinen Vorwand, um die sozialen Programme der sandinistischen Regierung zu stoppen. Der Rat der Privatunternehmer hätte da auch nicht mitgemacht. Er ist inzwischen davon überzeugt, dass der soziale Frieden in Nicaragua auch für ihn vorteilhaft ist.

Die Chance, strukturelle und tiefgreifende Verbesserungen für die Armen zu erreichen, wurde vertan? Die sandinistische Regierung macht keinen Hehl daraus, dass Nicaragua nach wie vor das zweitärmste Land Lateinamerikas und der Karibik ist und dass es noch immer Gegenden gibt, wo Menschen hungern. Sie hat das aber nicht verursacht, sondern die neoliberalen Regierungen in der Zeit von 1990 bis 2006, deren Parteien heute die Freunde der MRS sind. Die FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen) erkannte an, dass es Nicaragua bis 2014 schaffte, die Kennziffer der unterernährten Bevölkerung von 50,5 auf 16 Prozent zu reduzieren.

Die FSLN hat kein politisches Programm, das die Armut bekämpft und eine nachhaltige Umweltpolitik will? Auch da sagte Frau Vijil nicht die Wahrheit. Nach den Wahlen 2011, in denen die FSLN und Ortega 68 Prozent der Stimmen und damit die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung erreichten, beschloss die Ortega-Regierung den Nationalen Humanen Plan. Dieser Plan sieht vor, die finanziellen Mittel zu erwirtschaften, die nötig sind, um zwei Hauptaufgaben zu lösen: Die Beseitigung der Armut und die Milderung der Folgen des Klimawandels. Um diese Mittel zu erwirtschaften, setzte sie den Bau des Großen Nicaraguakanals auf die Tagesordnung. Die FSLN konnte 2012 den Humanen Plan angehen, weil sie nunmehr in der Nationalversammlung keine Abstimmungsblockaden, die auch von der MRS mitgetragen wurden, befürchten musste. Sie hatte die absolute Mehrheit. Frau Vijil hat da etwas verwechselt und das *ND* auch. Die sandinistische Regierung hat mit dem Nationalen Humanen Plan ein Programm, das die Armut bekämpft und eine nachhaltige Umweltpolitik will. Deshalb wurde sie im November 2016 wieder gewählt. Mit 72 Prozent der Stimmen erzielte sie ein noch besseres Ergebnis als 2011. Die MRS betrachtete die Wahl als Farce und Fälschung und forderte die Bevölkerung

auf, sie zu boykottieren. Diese tat ihr aber nicht den Gefallen. Über 68 Prozent der Nicaraguanerinnen und Nicaraguaner gingen zur Wahl. Das ist auch für bundesdeutsche Verhältnisse eine annehmbare Teilnahme.

Und die Umweltpolitik? Die Vertreter Nicaraguas übten und üben Kritik am Versuch der entwickelten Industrieländer, also auch der Bundesrepublik Deutschland, den historischen, rechtlichen und moralischen Verpflichtungen, die sie angeblich übernehmen wollten, aus dem Wege zu gehen. Die Entwicklungsländer wehren sich dagegen, eine Abart des klimatischen Neokolonialismus zu sein. Den Grünen Klimafonds mit 10 Milliarden US-Dollar für die Milderung und Anpassung, die Verluste und Schäden sowie die Finanzierung des Technologietransfers und des Ausbaus von Kapazitäten in mehr als 130 Entwicklungsländern betrachten sie als Skandal. Entsprechend den Feststellungen von CEPAL (Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika und die Karibik) kosteten die Erfordernisse der Rehabilitation und der Anpassung an den Klimawandel nach der tropischen Depression 12E im Jahre 2010 in El Salvador 1,8 Milliarden US-Dollar und in Nicaragua 1,9 Milliarden US-Dollar. Für Nicaragua entspricht die Summe den Steuereinnahmen des Jahres 2013. Keiner weiß, wie die 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr ab 2020 einerseits zusammen kommen, andererseits ausreichen sollen.

Die sandinistische Regierung investierte und investiert in erneuerbare Energiequellen. Als sie 2007 die Arbeit aufnahm, betrug der Anteil der erneuerbaren Energie am Energieaufkommen 25 Prozent. Ende 2013 betrug er bereits über 50 Prozent, ein Jahr später 75 Prozent und 2020 soll er 90 Prozent betragen. Im steigenden Einsatz erneuerbarer Energiequellen sieht Nicaragua eine wichtige Antwort auf den Klimawandel. Für mich ist das ein großartiges Programm. Frau Vijil hätte *ND* vorschlagen sollen, sich für ein ähnliches Programm in der deutschen Bundesrepublik einzusetzen.

ND stellte fest, dass es immer wieder Berichte über Diffamierungskampagnen und Repression gegen die Opposition in Nicaragua gibt. Woher stammen diese Berichte? Im Juli 2016 meinte das nicaraguanische Nachrichtenportal *tortilla con sal*: „Es reicht, nur eine Seite der Tageszeitung *La Prensa* zu lesen oder für einige Minuten Sender wie *Radio Corporación* zu hören, um zu erkennen, dass das rhetorische Niveau der nicaraguanischen Rechten nicht hinter dem irgendeiner anderen lateinamerikanischen Rechten zurückbleibt. Im Gegenteil! Die Art der Beschimpfungen und dämonisierenden Ansichten, die speziell über Comandante Daniel Ortega und Rosario Murillo aus diesen oder jenen Medien gesendet werden, hat das gleiche Niveau wie die gegen Hugo Chávez und aktuell gegen Nicolás Maduro, Evo Morales oder Rafael Correa gerichteten.“

Frau Vijil offenbarte gegenüber *ND*, dass es in Nicaragua eine Art von Repression gibt, die sich eher auf ökonomischer Ebene abspielt. „Ich habe schon vor Jahren meine Arbeit an der Universität verloren, weil ich in der Opposition aktiv bin. Vielen anderen ist dasselbe passiert.“ Das sagte sie in einem Land, in dem es in den Universitäten und im öffentlichen Dienst nicht gerade vor linken Oppositionellen wimmelt und *ND* fragte nicht nach. Frau Vijil hätte auch sagen können, dass sie die Arbeit an der Universität aufgab, weil sie einen Abgeordnetensitz in der Nationalversammlung einnehmen wollte.

Frau Vijil berichtete darüber, dass es kürzlich ein Verfahren gegen den Dichter Ernesto Cardenal gab, infolgedessen er zu hohen Strafzahlungen verurteilt wurde. Nach ihrer Meinung ist das Ganze offensichtlich politisch motiviert, weil er in der sandinistischen Opposition aktiv ist. Nun kann ich mich daran erinnern, dass *ND* über diesen Helden der sandinistischen Opposition anlässlich seines 80. Geburtstages am 20. Januar 2005 den Beitrag „Der Pate von Solentiname“ von Uwe Stolzmann publizierte. Stolzmann meinte, dass Ernesto selbst und Solentiname seit Ende der 90er (damals regierten die Liberalen Nicaragua) regelmäßig in die Schlagzeilen geraten wären und berief sich dabei auf *dpa* und die *Berliner Zeitung*. Cardenal seien Landfriedensbruch, Diebstahl, Sachbeschädigung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen worden. Sie machten aus Ernesto Cardenal einen Feudalherren, Halsabschneider und kriminellen Bandenführer. 2017 hat ihn wohl die Geschichte eingeholt.

Wenn es gegen Daniel Ortega und Rosario Murillo geht, dann darf natürlich die Gewalt gegen Frauen nicht fehlen. Viele Frauen sterben aufgrund des Verbots des therapeutischen Schwangerschaftsabbruchs? Ortega hat mit der katholischen Kirche paktiert und ein totales Abtreibungsverbot durchgesetzt? Erneut sagte Frau Vijil nicht die Wahrheit. Das Gesetz über das Verbot des Schwangerschaftsabbruchs wurde wenige Wochen vor den Wahlen 2006 von den konservativen und liberalen Abgeordneten in der Nationalversammlung durchgepeitscht. Die sandinistische Regierung hat das Gesetz zwar nicht abgeschafft, aber sie hat es nivelliert. Dafür sorgten vor allem kubanische Ärzte, die in Nicaragua im Einsatz waren und sind. Sie forderten den Schwangerschaftsabbruch, falls das Leben der Frau in Gefahr ist. Frau Vijil bediente alte Klischees: Ortega hat seine Stieftochter vergewaltigt. Am 20. März 2006 wurde in Nicaragua ein Interview Daniel Ortegas mit Jorge Ramos von *Univision* veröffentlicht. *Univision* ist ein Unternehmen der spanischsprachigen Kommunikationsmedien in den Vereinigten Staaten von Amerika mit Sitz in Los Angeles. Ramos stellte dort Daniel Ortega die Frage nach der Vergewaltigung seiner Stieftochter

Zoilamerica. Ortega antwortete, dass diese Behauptung eine Lüge sei. Später sagte Zoilamerica, dass sie diese Geschichte erfunden habe, um die US-amerikanischen Medien zu bedienen. Diese Aussage wurde auch von *Univision* veröffentlicht.

ND meinte, dass der geplante Interozeanische Kanalbau ein sehr kontrovers diskutiertes Thema ist und behauptet, dass nach einem medienwirksamen Spatenstich nicht mehr viel passiert sei. Flankiert wurde das Interview von einem Foto von *AFP/ Inti Ocon*: „Nein zum Kanal: Die bäuerliche Bewegung in Nicaragua gegen den Bau einer interozeanischen Wasserstraße ist die größte Mobilisierung seit 1979.“ Tatsache ist, dass die „kontroverse Diskussion“ von den Medien der Oligarchie wie *La Prensa* ausgeht. Auch das im *ND* gezeigte Foto ist bei *La Prensa* zu finden. Ich habe persönlich die große Mobilisierung in den 80er Jahren kennengelernt, als sich das nicaraguanische Volk gegen den Contra-Krieg und das USA-Embargo wehrte. In den 16 Jahren neoliberaler Regierung führte die FSLN eine große Mobilisierung durch, in der sie sich als Partei formierte und Schritt für Schritt das Vertrauen des Volkes zurückgewann. Nach dem Wahlsieg 2006 verkündete die FSLN, dass sie die Sandinistische Revolution in die zweite Etappe führen wird. Eine große Mobilisierung setzte ein, um die Alphabetisierungskampagne zu wiederholen, die sozialen Programme in Gang zu setzen, den Wohnungs- und Straßenbau voranzutreiben. Jährlich am 19. Juli manifestieren Zehntausende in Managua ihre Zustimmung zum Fortgang der revolutionären Veränderungen. Die MRS ist stolz auf die Mobilisierung Hunderter Familien, die in Ortschaften an der Kanalroute leben? Die FSLN hat zum Beispiel 25.000 Studenten in Leon mobilisiert, die für den Kanal demonstrierten. Die Ingenieur-Universität Managua stellte 2014 ihr Studienprogramm auf die Bedürfnisse des Baus und des Betriebes des Kanals um. An der Kanalroute sind Ärztebrigaden unterwegs, um die medizinische Versorgung der dort ansässigen Bevölkerung zu garantieren. *ND* hätte auch Bilder von diesen Mobilisierungen veröffentlichen können.

Nach dem Spatenstich im Dezember 2014 ist viel am Kanal passiert. Die Studie über die sozialen und Umwelteinflüsse ist abgeschlossen, geprüft und inzwischen auch von Nationalversammlung und Regierung bestätigt. Ende 2015 schloss die HKND Group, der Auftragnehmer des Projekts des Nicaraguakanals, einen Vertrag mit der BMT Asia Pacific aus Hong Kong ab, um die Ausführungsplanungen des Kanals und der Häfen in Angriff zu nehmen und das Modell der Ausführung des Kanals und der integrierten Häfen zu profilieren. Seit Mitte 2016 werden die Zufahrtsstraßen zum zeitweiligen Pazifikhafen Brito und diverse Lagerplätze vorbereitet und gebaut. Zurzeit finden massive archäologische Grabungen an der Kanalroute statt.

Der Geschäftsführer des chinesischen Konsortiums HKND Group Kwok Wai Pang erklärte, dass im zweiten Quartal 2017 mit dem Bau des vorläufigen Hafens in Brito begonnen wird. Die Entwurfsunterlagen für den Hafen in Brito sind erarbeitet. Zurzeit ist HKND dabei, Investoren der Vereinigten Staaten und Lateinamerikas zu gewinnen. In Übereinstimmung mit der nicaraguanischen Regierung werden Teilobjekte des Kanals an verschiedene Unternehmen vergeben, wie zum Beispiel die Häfen, die Schleusen, die Baggerarbeiten im Nicaragua-See, die Spezialzone und das Industriegebiet. Im Departement Rivas, durch das der Kanal vom Britohafen bis zum Nicaraguasee führen wird, wurde mit einem gewaltigen Wiederaufforstungsprogramm begonnen. Die sandinistische Regierung übergab in 304 Gemeinden der Karibikküste an 39.500 Familien Eigentumstitel. Zu diesen Titeln gehören auch die für eingetauschten Land für den Kanalbau. Ebenso wird mit dem Landtausch in Gemeinden an der Pazifikseite des Kanals verfahren. Natürlich kam es zu Protesten und es wird sie noch weiterhin geben. Das wird von den Medien nicht verheimlicht, wie Frau Vijil behauptete. Dafür sorgt schon *La Prensa*.

Frau Vijil hält das Kanalgesetz für sehr gefährlich, weil darin steht, dass unabhängig vom Kanalbau Land enteignet werden kann, um andere Projekte zu realisieren. Und dann ließ sie die Katze aus dem Sack: „Die einzige Möglichkeit, das Gesetz abzuschaffen, ist, Daniel Ortega von der Macht zu vertreiben. Und dafür brauchen wir eine breite Mobilisierung der Gesellschaft. Das ist die große Herausforderung derzeit in Nicaragua.“ Darum geht es also. Es geht nicht um vermutete Landenteignungen. Die sind für die MRS nichts Neues. Ihr Mitbegründer Sergio Ramirez hat sie ja in seiner Zeit als Vizepräsident neben Daniel Ortega mit betrieben, als es darum ging, Einwohner aus den Rekrutierungsgebieten der Contrabanden umzusiedeln. Es geht der MRS nur um eins: Ortega muss weg! Und *ND* unterstützt sie dabei: „Nicas gegen Ortega!“

Die parteipolitische Opposition innerhalb des Nationalkongresses ist im Moment nicht möglich? Die Partei von Frau Vijil kann seit 2008 nicht mehr an den Wahlen teilnehmen, weil ihr der Parteistatus entzogen wurde? Vor den Wahlen von 2016 verbot Ortega allen Oppositionsparteien teilzunehmen? Die Phantasie von Frau Vijil scheint grenzenlos zu sein. Zu den Wahlen am 6. November 2016 kandidierten außer der FSLN mit Daniel Ortega die Allianz für die Republik (APRE) mit Carlos José Canales, die Nicaraguanische Liberale Allianz (ALN) mit Saturnino Cerrato Hodgson, die Konservative Partei (PC) mit Erick Cabezas, die Verfassungsmäßige Liberale Partei (PLC) mit Maximino Rodríguez und die Unabhängige Liberale Partei (PLI) mit José del Carmen Alvarado Rùiz. Diese Parteien sind keine Oppositionsparteien? Frau Vijil hat vergessen, dass sie mit diesen Partei-

en, vor allem mit der PLI, in den Jahren von 2006 bis 2016 die Opposition bildete. Nicht Ortega ist schuld am Desaster der MRS. Die MRS hat selbst ihren Status verspielt. 2006 kam sie zusammen mit der Montealegre-Gruppe als Trittbrettfahrerin der PLI ins Parlament. Mitte 2016 beantragte der alte PLI-Vorstand beim Verfassungsgericht, dass diese Trittbrettfahrerei endlich aufhören muss. Das Verfassungsgericht urteilte. Die Montealegre-Gruppe und die MRS mussten ihre Mandate an die PLI zurückgeben. Die Parteien im Parlament feierten dieses Urteil als Sieg der Demokratie. Die „Entlassenen“ schafften es nicht mehr, bis zum Termin als eigene Parteien zu kandidieren. Die Montealegres gründeten die Bewegung „Bürger für die Freiheit“ und die MRS die „Breite Front für die Demokratie“. Beide Bewegungen wollen zu den Munizipalwahlen 2017 antreten. Der ganze Vorgang hatte also mit Ortega nichts zu tun. Dass da etwas nicht stimmte, hätte *ND* bemerken müssen.

Warum fragte *ND* Frau Vijil nicht nach ihrer Meinung zum Nica Act? Am 6. April 2017 brachten US-Abgeordnete erneut den Gesetzentwurf Nicaragua Investment Conditionality H.R.5708 in den Kongress ein. Dieses Gesetz, bekannt als Nica Act, dessen Autoren die Kongressabgeordneten Ileana Ros-Lehtinen und Albio Sires sind, sieht vor, dass alle Darlehen, die an Nicaragua von den internationalen Finanzorganen ausgereicht werden, der Kontrolle durch die USA unterliegen sollen. Es sei denn, die Ortega-Regierung ergreift Maßnahmen, um die Demokratie und die Durchführung freier, gerechter und transparenter Wahlen wieder herzustellen. Die Nationalversammlung mit FSLN und Oppositionsparteien lehnte diese Bedrohung Nicaraguas einstimmig ab. ALBA, CELAC und das Forum von Sao Paulo verurteilten die Provokation der USA als Verletzung des Völkerrechts. Sogar das USA-hörige Generalsekretariat der OAS hält das Vorgehen des Capitols für unpassend. Frau Vijil und das *ND* aber schwiegen. Warum? Sie hätten zugeben müssen, dass sie den Nica Act begrüßen.

Die Frage, für was oder besser für wen Frau Vijil und die MRS eintreten, ist wohl beantwortet. Offen bleibt, warum sich das *ND* dazu hergibt, Fürsprecher dieser MRS zu sein.

In der Einschätzung der Politik der sandinistischen Regierung und ihres Präsidenten Daniel Ortega halte ich mich an die Beurteilung des Forums von Sao Paulo. In der Erklärung seines 21. Treffens vom 29. Juli bis 1. August 2015 in Mexiko-Stadt heißt es:

„Wir heben hervor, dass die revolutionäre Vorherrschaft des Sandinismus in den Machtorganen Nicaraguas beachtliche Fortschritte im Kampf gegen die Minderung der Armut und der sozialen Ungleichheit, für die Demokrati-

sierung der Wirtschaft und die Einführung eines politischen Modells mit der führenden Rolle des Volkes, der Gleichstellung der Geschlechter, des Schutzes der Mutter Erde und der Wiederherstellung der Rechte des nicaraguanischen Volkes verzeichnen kann. Dies drückt sich in der großen nachhaltigen Unterstützung des Sandinismus durch das Volk aus. Die Arbeit der aktuellen Regierung des Präsidenten Comandante Daniel Ortega hat die Lebensbedingungen des nicaraguanischen Volkes im Rahmen eines beständigen Wirtschaftswachstums, das seine substanzielle Konsolidierung mit dem Bau und dem Betrieb des zukünftigen interozeanischen Kanals erfahren wird, nachhaltig verbessert.“

Mitte Dezember fand in Berlin das Seminar „Europa, Lateinamerika und die Karibik: Gemeinsame Visionen“ statt, das von den Europäischen Linken und dem Forum von Sao Paulo organisiert wurde. Die Partei Die Linke war durch ihren Co-Vorsitzenden Bernd Riexinger vertreten. Die Botschafterin Nicaraguas in Deutschland Frau Karla Beteta sprach über die Erfolge ihres Landes in der neuen Etappe der Revolution. Nach ihren Worten hat die Regierung der Versöhnung und Nationalen Einheit erfolgreiche Antworten auf die Herausforderungen der Zeit ausgearbeitet und entwickelt. Es gelang, ein System der christlichen und solidarischen Gerechtigkeit aufzubauen, das auf Dialog sowie Suche nach Konsens und Bündnissen beruht.

Als ich diese Information auf *Voz del Sandinismus* las, dachte ich, dass hier endlich etwas Hoffnungsvolles in Gang zu kommen scheint. Ich finde, dass die Linken Europas einiges von denen Lateinamerikas und der Karibik, zu denen die FSLN gehört, lernen können. Das Interview in der sozialistischen Tageszeitung *Neues Deutschland* bestätigt diesen Gedanken. Eine sandinistische Medienanstalt käme nie auf die Idee, die Politik der Partei Die Linke und ihr Führungspersonal ins Zwielficht zu stellen.

Nicaraguanische und deutsche Enrique-Schmidt-Stipendiaten

Quelle: Volz del Sandinismo

Studenten der Bundesrepublik Deutschland und Nicaraguas, Mitglieder des Programms „Enrique-Schmidt-Stipendium“, trafen sich in der Botschaft Nicaraguas, um über das Projekt zu sprechen, das sich vornimmt, Brücken zwischen den zwei Kontinenten und Ländern zu bauen und die Menschen, Kulturen und Traditionen einander näher zu bringen. Das Enrique-Schmidt-Stipendium wurde 2014 zum ersten Mal für deutsche und nicaraguanische Studenten ausgegeben, die in der Bundesrepublik Deutschland leben und das Ziel haben, talentierten Jugendlichen beim Hochschulstudium zu hel-

fen, speziell jungen Frauen aus den ländlichen Gebieten. Nach Auskunft von Mitgliedern der Initiative, verlegten sie in diesem Jahr ihre Arbeit nach Tipitapa und übergaben dorthin sechs Stipendien an Studierende einer öffentlichen Hochschule. Außerdem schlossen sie ein Kooperationsabkommen mit dem Deutsch-Nicaraguanischen Kollegium ab, um mit der Vergabe von Stipendien im Kollegium zu beginnen und damit bedürftige Studenten mit hoher Begabung zu unterstützen.



Studenten aus Nicaragua leisten ein soziales Freiwilligenjahr an einem Ort in Baden-Württemberg, während deutsche Studenten im Freiwilligenjahr in einer der kommunalen Bibliotheken Tipitapas arbeiten.

Enrique Schmidt studierte Ende der 60er Jahre an der Kölner Universität und kehrte 1974 nach Nicaragua zurück, um sich dort der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN) anzuschließen. 1977 reiste er in die Bundesrepublik Deutschland, nachdem er auf internationalem Druck aus der Kerkerhaft entlassen worden war. In der Bundesrepublik vertrat er offiziell die FSLN in Westeuropa und nahm in vorderster Reihe an der Bildung der ersten Solidaritätsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland teil. Mit der Revolution kehrte er erneut nach Nicaragua zurück, um sich dem Kampf anzuschließen. Nach dem Sturz der Diktatur arbeitete Schmidt im

Innenministerium. Dann wurde er Chef der Polizei in Managua. 1982 übernahm er das Amt des Ministers für Telekommunikation und Post. Am 5. November 1984 ermordeten ihn die Contras in einem Gefecht.

ale/tgp

Palo de Mayo in Bilwi

Quelle: Voz del Sandinismo



Der Palo de Mayo, der durch die Straßen von Bilwi in der Region Puerto Cabezas zog, war ein Ausbruch der Freude. „Der Palo de Mayo gehört zum Repertoire der Regierung der Versöhnung und nationalen Einheit, die uns dabei unterstützte, mehr als 1.000 Jungen und Mädchen für diese Veranstaltung zu versammeln“, meinte der Koordinator der Regionalregierung an der Karibikküste Nord Carlos Alemán Cunningham.

So, wie es Tradition ist, tanzten die Teilnehmer zum Rhythmus der Tulululu, die der Fruchtbarkeitsgöttin gewidmet ist. Die Initiative, die von Kulturakteuren der Gemeinden organisiert wurde, konnte mit der Unterstützung des Nicaraguanischen Tourismusinstituts und der Regionalregierung rechnen. Sie ist Teil der afrostämmigen Kultur.

An allen Wochenenden des Monats Mai wurde der Palo de Mayo in den verschiedenen Ortsteilen von Bilwi zelebriert.

mem/ele

Das Straßenprojekt San Francisco – Bluefields

Quelle: *Voz del Sandinismo*



Vertreter der Weltbank in Nicaragua besuchten die Baustelle des Projekts für die Verbesserung der Infrastruktur, die Straße von San Francisco nach Bluefields, in der Autonomen Karibikregion Süd. Die Distanz zwischen beiden Städten beträgt 26 Kilometer, wovon 20 Kilometer fertiggestellt sind.

Das Projekt ist Teil des Planes, eine bessere Straßenverbindung zwischen dem Pazifik und der Karibik herzustellen. Es wird dazu beitragen, die Lebensqualität und die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung der Ortsansässigen zu verbessern. Die Weltbank stellte für das Projekt 70 Millionen US-Dollar zur Verfügung.

In den nächsten Monaten soll das Projekt an die Familien von Bluefields, Caño Azul, San Sebastián und Santa Elena, die früher nur auf dem Luft- oder Wasserweg nach Managua reisen konnten, übergeben werden.

Einer der begünstigten Einwohner, Miguel Suarez, sagte: „Unser Leben wird sich zum Guten verändern, denn wir können nun unsere geernteten Produkte auf allen Märkte des Landes verkaufen.“

Die sandinistische Regierung plant weitere Projekte der Verbesserung des Straßennetzes. Besondere Beachtung wird den Problemen der Umwelt gewidmet. Die natürlichen Ressourcen und die Familien sollen geschützt bleiben.

mem/ybb

Pfadfinder Nicaraguas

Quelle: *Voz del Sandinismo*



Dem Pfadfinderverband Nicaraguas wurde anlässlich seines hundertjährigen Bestehens der Jahrhundertorden in drei Kategorien verliehen. „Die Pfadfinderbewegung soll dir helfen, dich zu entwickeln, ein besserer Bürger zu sein und das Bewusstsein zu schaffen, die Welt besser zurückzulassen als wir sie angetroffen haben.“

Das sagte Maycol Blandón, einer der Ausgezeichneten. Die Pfadfinderin Patricia López meinte: „Wir empfehlen den Eltern, dass sie ihre Kinder zu uns schicken, damit sie Werte und Prinzipien erlernen, die auf dem Pfadfindergesetz und dem Pfadfindergelöbnis beruhen.“

Der Vorsitzende des Pfadfinderverbandes Nicaraguas Jorge Katín dankte dem Präsidium und allen Fraktionen der Nationalversammlung für die Goldmedaille, die sie dem Verband verliehen haben. An der zentralen Veranstaltung im Kongresszentrum „Olof Palme“ nahmen neben 1.500 Pfadfindern Präsident Daniel Ortega und Vizepräsidentin Rosario Murillo teil.

Der Pfadfinderverband Nicaraguas hat die Aufgabe, an der umfassenden Erziehung der Mädchen und Jungen, Heranwachsenden und Jugendlichen mittels eines Wertesystems, das im Pfadfindergesetz und Pfadfindergelöbnis begründet ist, beizutragen. Charakteristisch ist, die Aktivitäten an der frischen Luft und auf einer breiten Skala durchzuführen und dabei die Methode „schaffend und spielend lernen“ anzuwenden.

Die Bewegung fördert die Loyalität für das eigene Land in Harmonie mit der Förderung des Friedens, des Verständnisses und der Zusammenarbeit miteinander auf örtlicher, nationaler und internationaler Ebene. Die Bewegung fördert die Teilnahme an der Entwicklung der Gesellschaft bei Anerkennung und Achtung der Würde des Menschen und der Unversehrtheit der Natur.



Am 10. Juni 2017 findet eine

Festliche Veranstaltung zum 25. Jahrestag von KarEn

mit aktuellen Informationen zu den laufenden Projekten, Musik, Essen, Mojito und anderen Getränken statt.

Beginn: 17.00 Uhr

Ort: Franz-Mehring-Platz 1 (ND-Gebäude); 10243 Berlin

Inhalt:

Nicaragua lehnt Einmischung der OAS in Venezuela ab	1
Nicas gegen Ortega?	2
Nicaraguanische und deutsche Enrique-Schmidt-Stipendiaten	11
Palo de Mayo in Bilwi	13
Das Straßenprojekt San Francisco – Bluefields	14
Pfadfinder Nicaraguas	15

Redaktionsschluss: 27. Mai 2017

Impressum:

Herausgeber: Wolfgang Herrmann (V.i.S.d.P)
Dreesch 18, 17291 Grünow
Telefon 039857-139003
Email: ing-herrmann@online.de

Internet: www.nuevanicaragua.de